

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 18898.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabenden).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Bruch!

Es war erbärmlich! —

Das war kein Kampf prinzipieller Gegner, das war das Knurren bissiger Hunde um einen Knochen. Jeder wollte ihn haben, jeder wollte das meiste haben. Und das wütend-heißere Gezerre herüber und hinüber dauerte so lange, bis endlich Herr Bethmann die Geduld verlor und seinen Knochen wieder einpackte und davonging.

Das war der bürgerliche Kampf um die preussische Wahlreform!

Doch man darf sich in der Politik nicht von seinen ästhetischen Empfindungen leiten lassen. Im Gegenteil! Je unästhetischer, je widerlicher und wilder sich die Bestialität offenbart, desto lehrreicher sind die Situationen, desto plastischer tritt das wahre Gesicht der bürgerlichen Parteien hervor.

So auch gestern. Die Wahlrechtsvorlage ist gescheitert, genau so wie die Finanzreform des Bülowsblocks, nicht etwa, weil sie den Nationalliberalen zu reaktionär, sondern umgekehrt, weil sie ihnen noch zu liberal war. Wie man damals gegen die Reichsfinanzreform stimmte, weil sie den Liberalen noch zu wenig indirekte Steuern brachte, so hat man diesmal die Wahlrechtsreform zu Fall gebracht, weil sie den Sozialdemokraten noch eine geringe Aussicht bot, ihre geringe Anzahl von Mandaten nicht etwa zu vermehren — Gott behüte! —, sondern nur nicht völlig zu verlieren. Die Bestimmungen über die Drittelung der Bezirke lauteten in der Fassung, die das Abgeordnetenhaus der Vorlage gegeben hatte und in der sie an das Herrenhaus kam, so, daß die Sozialdemokratie wenigstens Aussicht hatte, ihren bisherigen Besitzstand zu wahren. Hier deckte sich das Interesse des Zentrums mit dem Interesse der Partei, und nur aus diesem Grunde und nicht etwa aus irgendwelchen demokratischen Erwägungen heraus hatte das Zentrum so beschlossen, und die Junker hatten dem mit Rücksicht auf die schwarzen Bundesbrüder zugestimmt. Das Herrenhaus jedoch hatte diese Bestimmungen, wonach möglichst kleine Drittelungsbezirke geschaffen werden sollten, wieder umgestoßen und möglichst große Drittelungsbezirke vorgesehen. Man wollte damit den Nationalliberalen entgegenkommen, die in den westdeutschen Industriebezirken gegen das Zentrum nur dann auskommen können, wenn den kleinen Einkommen der Zentrumswähler jedes Aufstücken in die zweite oder gar erste Klasse unmöglich wird. Den reichen Wählern der nationalliberalen Partei sollten diese Klassen reserviert bleiben, und das ließ sich am bequemsten durch die Schaffung großer Drittelungsbezirke erreichen. Dieser unreaktionären „liberalen“ Maßregel des Herrenhauses drückte Herr Bethmann sofort seine stärkste Sympathie aus, und als gestern Junker und Pfaffen sich weigerten, diese Politik mitzumachen, und als demgemäß der § 6 der Vorlage fiel, erklärte Herr Bethmann, daß die Regierung auf die Weiterberatung der Vorlage keinen Wert mehr lege. An seiner Seite standen die Nationalliberalen und die Freikonservativen unter Zedlitz.

Woher die plötzliche, die schier unbegreifliche Festigkeit des Reichskanzlers den herrschenden Parteien der Junker und Pfaffen gegenüber? Wollte er ein Bravourstückchen liefern? Wollte er zeigen, daß er nicht blind den Befehlen der Junker und Pfaffen gehorcht? Warum dann gerade hier bei der verhältnismäßig nebensächlichen Frage der Größe der Drittelungsbezirke so standhaft? Hatte er nicht bei viel wichtigeren Fragen nachgegeben? Hatte er sich nicht die offene Wahl in die geheime und

die direkte Wahl in die indirekte ohne Widerspruch ummodellieren lassen? Und nun auf einmal so? —

In der Tat enthüllt die Lösung dieser Rätsel den ganzen Jammer der Wahlreform, wie sie wenigstens von Bethmann-Hollweg aufgefaßt worden ist. Bei dieser wichtigsten Frage des preussischen Staats, ja des gesamten Deutschen Reichs, ließ sich dieser brave Subalternbeamte auch nicht von einem einzigen höheren Gesichtspunkt leiten. Wie konnte ihn die Zukunft des Reichs kümmern, da er sich ja kaum in der Gegenwart helfen konnte. Alle die prinzipiell wichtigsten Fragen: ob der preussische Staat, der sich in wenigen Jahrzehnten aus einer ruppigen hinterwäldlerischen Rittergutsdomäne in den gewaltigsten Industriestaat des Kontinents verwandelt hat, dessen Bevölkerung an Zahl und Intelligenz stets wächst, der die Vormacht des Deutschen Reichs darstellt, dessen Handelsmarine die Küsten aller Kontinente aufsucht, dessen Arbeiterklasse ein früherer Reichskanzler als die intelligenteste der Welt bezeichnete, ob die Bevölkerung dieses Staats auch heute noch wie zu Großvaters Zeiten ihrer primitivsten Staatsbürgerrechte beraubt bleiben und von einer Bande zurückgebliebener Krautjunker wie eine Hammelherde geleitet und geschoren werden soll, ob es für die Zukunft möglich sei, ohne Wahlreform das Ansehen des Reichs zu heben, das gerade wegen seiner Junkerherrschaft und der damit zusammenhängenden Nichtachtung des Staatsbürgers allenthalben im Auslande auf Nichtachtung und Hohn stößt, ob nicht die freiwillige Gewährung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts einen ungeheuren Fortschritt bedeuten und gleichzeitig die ruhige Entwicklung im Innern für einige Zeit garantieren würde — alle diese Fragen haben niemals das Hirn des Herrn Bethmann getreut. Als echte politische Eintagsfliegen fragte er nur nach den andern Eintagsfliegen: was wird Heydebrand, was Zedlitz, was das Zentrum, was die Nationalliberalen dazu sagen? Was Prinzip! Was Grundgedanke! Nur Dummköpfe und Sozialdemokraten haben Grundgedanke! Wir sind Gott sei Dank Realpolitiker. Und nun wurstelte er drauflos. Jämmerlich! Erbärmlich! Sein einziges Leitmotiv war: mit Junkern und Pfaffen allein kann ich nicht regieren; ein paar Nationalliberale müssen dabei sein. Deshalb gab er alle wichtigen Fragen, ob direkte, ob indirekte, ob offene oder geheime Wahl? — so leicht preis, weil sie auch für die Deutepolitiker des Landtags bedeutungslos waren, weil sie ihr armseliges Fraktionsinteresse nicht berührten, und deshalb blieb er gerade bei der erbärmlichen Drittelungsfrage so heroisch standhaft, weil hier die Nationalliberalen ihr Interesse gefährdet sahen und weil er ohne Liberale die Wahlreform nicht machen konnte. So löst sich der scheinbare Widerspruch zwischen der Gleichgültigkeit bei wichtigen und der Wichtigkeit bei gleichgültigen Fragen. Kleinliches, armseliges Fraktionsinteresse, das ist's! —

Werden die herrschenden Klassen aus diesem Bankrott der Wahlreformkampagne die richtigen Lehren ziehen? — Denn darüber ist sich wohl männiglich klar, daß wir nicht am Ende, sondern erst am Anfang der Wahlrechtsbewegung stehen. Dieser verpfuschte Feldzug hat uns unwiderleglich erwiesen: daß ein Privilegienparlament unfähig ist zu großen politischen Reformen, daß daher die preussische Wahlreform, ohne die Preußen und Deutschland nicht mehr zur Ruhe kommen werden, nicht gemacht werden kann mit, sondern gegen das Dreiklassenhaus, daß mit andern Worten der Schauplatz der Reformbewegung aus

dem Parlament heraus in die Massen des preussischen Volkes selber verlegt werden muß. Hier, wo der gewaltige Pulsschlag der Weltgeschichte lebendig ist, wo kein Raum ist für kleinliche Fraktionsinteressen, wo sich die Wucht jener großen Tatsachen, der sozialen Verschiebungen und wirtschaftlichen Revolutionen der letzten 60 Jahre, die der Landtag mit aller Gewalt ignorieren will, von selber durchsetzt, hier ist die einzige Stätte, wo die neue preussische Wahlreform geboren werden kann. Darum bedeutet der schmachvolle Zusammenbruch der Bethmannschen Wahlreformkampagne für die preussischen, für die deutschen Arbeiter das weithin schmetternde Alarmsignal zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen. Es gilt für das Proletariat, das Schicksal des preussischen Wahlrechts in die eignen starken Hände zu nehmen und aus ihm eine Waffe zu schmieden, die den wahren inneren Feind des preussischen Volkes, das preussische Junkertum, ins Herz treffen soll.

Preßstimmen.

Zur Zurückziehung der Wahlrechtsvorlage schreibt die Rostocker Zeitung: Eine vernünftige Wahlreform hätte die „rote Flut“ eindämmen können. Bei der Schwäche und Energielosigkeit der Regierung und dem Hochmut des schwarz-blauen Blocks wird sie schwellen und steigen. — Die Nationalzeitung schreibt: Nicht die Unstimmigkeit der Parteien hat die Regierung auf den toten Punkt gebracht, sondern ihre eigene Unklarheit und Schwäche, die sie zaudern ließ, dem Liberalismus seine Rechte gleich von vornherein zukommen zu lassen, auf die er berechtigten Anspruch hat. — Das Tageblatt meint: Wenn diese erste Etappe des Feldzugs um die Wahlreform ein segensreiches Ergebnis gehabt hat, ist es der Nachweis, daß das Endziel auf Umwegen nicht erreichbar ist. Mit Halbheiten muß aufgeräumt und die Kompromißler müssen kaltgestellt werden. — Die Post bedauert, daß eine Verständigung auf Grundlage der Herrenhausbeschlüsse nicht zustande gekommen sei. Dadurch werde der Abzweig zwischen den früheren Blockparteien nur noch vertieft. Der tertius gaudens sei die Sozialdemokratie. — Die Deutsche Tageszeitung weist darauf hin, daß sie von Anfang an der Ansicht zugeneigt habe, daß alle Bemühungen in der Wahlreformfrage schließlich ergebnislos bleiben würden. Die Bestätigung dieser Überzeugung sei für sie das Hauptergebnis dieses Wahlrechtskampfes. — Der Vorwärts triumphiert, daß das Hindernis auf dem Wege der Wahlrechtskämpfer fortgeräumt sei. Eine neue Wahlreform könne und müsse kommen. — Die Berliner Neuesten Nachrichten geben der Meinung Ausdruck, der Ernst der Lage bestehe vor allem darin, daß nicht ein Schimmer der Hoffnung auf eine baldige Rettung aus der gegenwärtigen Zerfahrenheit leuchte. — Der Börsencourier sagt: Der Sieg Heydebrands, der gestern von ihm mit seinen liberalen Freunden errungen ist, ist im letzten Grunde ein Siegeszeichen für die liberale Wahlrechtsbewegung, die nun erst recht in Fluß gebracht werden kann. — Die Berliner Volkszeitung gibt ihrer Befriedigung, daß das reaktionäre Schandprodukt erledigt sei, sehr lebhaften Ausdruck. Die Komödie sei zu Ende, nun erst beginne das ernste Spiel. — In der täglichen Rundschau liest man: In der wüsten Sinfonie von widerstrebenden Empfindungen bleibt schließlich eine Dominante: Das Gefühl der Erlösung aus diesem unehelichen Gezänk. Die Deuselei, mit der man bis zur Verfestigung nackter Parteiinteressen die Ehre einer Vaterlandsrettung in Anspruch nahm, sei Gott Lob nun vorbei. — Die Kreuzzeitung bringt endlich eine Auslassung der konservativen Parteikorrespondenz, in der es heißt, der wechselvolle Gang dieser Wahlrechtsverhandlungen habe so recht deutlich gezeigt, wie weise und wohlbegründet die bisherigen Wahlrechtsbestimmungen sind, und wie schwer es ist, sie durch etwas Besseres zu ersetzen.